SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Die Mehrheitssozialdemokratie in der deutschen Revolution von 1918/19

Thiel, Thorsten

Erstveröffentlichung / Primary Publication
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Thiel, T. (2006). *Die Mehrheitssozialdemokratie in der deutschen Revolution von 1918/19.* (Selected Term Paper, 11). Aachen: Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, Philosophische Fakultät, Institut für Politische Wissenschaft. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-456246

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

RHEINISCH-
WESTFÄLISCHE
TECHNISCHE
HOCHSCHULE
AACHEN

Institut für
Politische *W*issenschaft

Selected Term Paper

No. 11

Die Mehrheitssozialdemokratie in der deutschen Revolution von 1918/19

von **Thorsten Thiel**

Januar 2006

http://www.ipw.rwth-aachen.de/for_select.html

ISSN 1862-8117

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 3

2 Die Ausgangsposition der MSPD 5

2.1 Die SPD im Kaiserreich 5

2.1.1 Parteientwicklung bis zum Ersten Weltkrieg 5
2.1.2 Der Erste Weltkrieg und die organisatorische Spaltung 6

2.2 Vorprägungen der Partei 8

3 Die MSPD in der deutschen Revolution 1918/19 13

3.1 Die deutsche Revolution und die MSPD 13

3.1.1 Der Rat der Volksbeauftragten 14
3.1.2 Nationalversammlung und die Weimarer Koalition 16

3.2 Zentrale Entscheidungen der MSPD 18

3.2.1 Die Sozialisierungsfrage 18
3.2.2 Die Kontinuität der Eliten 20
3.2.3 Die Ausarbeitung der Weimarer Verfassung 22

4 Die Folgen der Entschlusslosigkeit der MSPD 24

5 Schlussbemerkung 26

6 Literaturverzeichnis 28

Einleitung

Das Jahr 1918 ist nicht nur in der Geschichte Deutschlands, sondern auch in der Geschichte der Sozialdemokratie eine wichtige Zäsur. Der Zusammenbruch des Kaiserreichs bedeutete für die Partei der Arbeiter, dass sie – erstmals in ihrer Geschichte – politische Verantwortung übernehmen konnte und musste. Zumindest für kurze Zeit war sie alleine es, die die Geschicke des deutschen Staates leitete und über all jene Machtmittel verfügte, die nötig gewesen wären, um die lange propagierte Umwälzung des kapitalistischen Systems voranzutreiben. Dass es weder zu einer Sozialisierung der Wirtschaft noch zu einer stabilen, demokratischen Staatsform kam, liegt nicht zuletzt an den damals getroffenen Entscheidungen.

Aus heutiger Sicht wird klar, dass die zu Beginn der Weimarer Republik gestellten Weichen deren späteren Niedergang maßgeblich beförderten: Dies reicht vom konstitutionellen Aufbau, zum Beispiel der starken Stellung des Reichspräsidenten in der Weimarer Verfassung und dem verhängnisvollen Artikel 48 (Notstandsgesetzgebung), bis hin zu sozialen Fragen, wie der verpassten Chance, die verkrusteten Machtstrukturen des Kaiserreichs zu verändern. Am Anfang der Weimarer Republik lässt sich ein breites Spektrum möglicher Entwicklungslinien wahrnehmen; dies unterscheidet ihn deutlich von den restlichen Jahren, die durch die Defensive der Demokratie gezeichnet sind. Gerade hierin liegt die Faszination der deutschen Revolution.

Will man sich mit dieser Frühphase der Weimarer Republik befassen, so muss man eingangs mehrere Lesarten ausschließen, da sie den erwähnten Handlungsspielraum negieren und von der Forschung als überholt angesehen werden. Da wäre als Erstes die bei Historikern und Politikern der Weimarer Republik sowie bundesrepublikanischen Historikern bis in die 60er Jahre vertretene Auffassung des ‚Entweder-Oder': Entweder Bolschewismus oder Weimarer Republik – tertium non datur (vgl. Kolb 2000: 154ff.). Diese Lesart ist ebenso unterkomplex wie die kommunistische, die aus ideologischen Erwägungen jeden Spielraum der als bürgerlich verdammten Revolution negiert (vgl. Zentralkomitee der SED 1958). Auch die Überbetonung des Versailler Vertrags (vgl. Fenske 1994: 198), bei der davon ausgegangen wird, dass die von außen diktierten Startbedingungen, die Republik und ihre Parteienlandschaft so sehr vorprägten, dass demokratiepolitische Entscheidungen letztlich irrelevant gewesen wären, ist zu stark tendenziös und verkennt das Potential, das in der deutschen Revolution steckte.

In Abgrenzung zu diesen drei Sichtweisen soll die vorliegende Arbeit aufzeigen, dass die MSPD sehr wohl die Möglichkeit gehabt hätte, das Deutschland der Weimarer Zeit nach den eigenen Vorstellungen zu formen. Dass ihr dies nicht gelang, hat nicht nur exogene Gründe, sondern ist in hohem Maße innerparteilichen Entwicklungen geschuldet. Die Probleme und Spannungen

jener Zeit wirkten zudem weiter und sind Ursache für viele der späteren Schwierigkeiten der Weimarer SPD.

Um diese Hypothesen zu überprüfen, werde ich in einem ersten Schritt die Ausgangslage der Partei am Ende des Kaiserreichs porträtieren. Welche strukturellen Bedingungen prägten ihr Handeln und ihre Vorstellungswelt? Ich werde skizzieren, wie sich die Partei im Kaiserreich entwickelte und welche theoretischen Prägungen sich warum durchsetzten.

Aufbauend auf diese Überlegungen werde ich untersuchen, wie sich die MSPD in der deutschen Revolution 1918/19[1] konkret verhalten hat. Wie groß war ihr Gestaltungsspielraum und wie nutzte sie ihn? Was waren die Ursachen jener Apathie, die die MSPD im Moment ihrer größten Machtfülle eine Strategie wählen ließ, mit der eine dauerhafte Sicherung sozialer und demokratischer Errungenschaften ersichtlich nicht möglich war? Nach einem allgemeinen Überblick darüber, welche Optionen sich der MSPD boten und wie sie sie nutzte, werde ich das konkrete Verhalten in drei Kernbereichen der Transformation betrachten: der Frage der Sozialisierung, der Kontinuität der Eliten und der Frage der Verfassungsgebung.

Abschließend werden die Folgen der Entwicklungen betrachtet. Hierbei interessiert, welche Rückkopplungen die getroffenen Richtungsentscheidungen für die Positionierung der MSPD in der Folgezeit hatte. Inwiefern ist es berechtigt, die Probleme der späteren Jahre auf Versäumnisse und Fehler der Anfangszeit zurückzuführen?

Trotz der Grundannahme, dass eine andere Entwicklung möglich gewesen wäre, darf die Analyse die schwierige Ausgangsposition der MSPD nicht verkennen: Die Herkules-Aufgabe, die antikapitalistischen Erwartungen der durch die marxistische Theorie geprägten Mitglieder zu erfüllen und zugleich in einem hoch industrialisierten, aber hinsichtlich der politischen Kultur und der wirtschaftlichen Machtverteilung stark rückständigen Land einen gelungenen Übergang zu einer sozialen Demokratie zu gewährleisten, wäre auch ohne die selbstverschuldeten Probleme eine höchst diffizile Aufgabe gewesen. Inwiefern alternative Entscheidungen einen anderen Verlauf der Geschichte bewirkt hätten, lässt sich selbstverständlich nicht entscheiden.

[1] Unter dem Begriff der deutschen Revolution verstehe ich – mit Eberhard Kolb – nicht nur die Ereignisse der Novemberrevolution 1918, sondern auch die sich durch das Jahr 1919 durchziehenden Arbeiterproteste (vgl. Kolb 1972: 166f). Der Betrachtungszeitraum wird bis zu den Juniwahlen 1920 ausgedehnt, da ich davon ausgehe, dass erst mit der Wahlniederlage der MSPD die Entscheidungssituation endgültig vertan war.

Die Ausgangsposition der MSPD

2.1 Die SPD im Kaiserreich

Der Moment der Verantwortungsübernahme im deutschen Reich, der 9. November 1918, mag eine neue Epoche in der Geschichte der SPD eingeläutet haben, doch er hatte sich in den Vorjahren bereits deutlich abgezeichnet. Nach und nach war es wahrscheinlicher geworden, dass die Partei ihr Pariadasein hinter sich lassen könnte. Auf unteren Ebenen wurde man in die Verantwortung einbezogen, das sozialreformerische Wirken begann die revolutionäre Agitation zu überspielen und mit der Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 hatte die SPD bewiesen, dass sie die Pflicht der Landesverteidigung anerkannte. Zugleich begann auf Seite der bürgerlichen Parteien die Dämonisierung der Arbeiterpartei nachzulassen.

2.1.1 Parteientwicklung bis zum Ersten Weltkrieg

Diese positive Entwicklung ließ sich noch nicht absehen, als die SPD auf dem Einigungsparteitag in Gotha 1875 aus dem Zusammenschluss des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) mit der Fraktion der Eisenacher Sozialisten (SDAP) hervorging. Die kaiserliche Reaktion folgte 1878 in Form der Sozialistengesetze und bedeutete eine weitgehende Einschränkung des organisatorischen Wirkungskreises der SPD (vgl. Miller/Potthoff 1983: 39ff.).

Doch weder die ‚Peitsche' der Sozialistengesetzgebung noch das ‚Zuckerbrot' Bismarckscher Sozialpolitik konnten das Wachstum der Partei bremsen: Gestärkt kehrte die SPD aus der Isolation zurück und wurde bei den Wahlen von 1890 nach Stimmen stärkste Partei – wenn auch Mehrheitswahlrecht und Zuschnitt der Wahlkreise den Mandatszuwachs beschränkten (vgl. Tormin 1996: 118). Auch die folgenden Jahre bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs sollten unter dem Zeichen ungebrochenen Wachstums stehen: Der Stimmanteil stieg von 1.427.000 bei den Wahlen 1890 auf 4.250.000 Stimmen bei den Wahlen von 1912 (vgl. Miller/Potthoff 1983: 287) und die Mitgliederzahl vervielfachte sich von 200.000 Mitgliedern um die Jahrhundertwende auf fast eine Millionen im Jahr 1913/14 (vgl. Walter 2002:29).

Die Tendenz zur Abschottung und die von außen aufgezwungene Isolierung verstärkten sich dabei wechselseitig (vgl. Ritter 1976a: 30). Das imposante Wachstum ging mit einer Selbstbegrenzung einher: Die Sozialdemokratie blieb Klassenpartei. Ein starkes Vereinswesen und ein abgeschlossener Ausbreitungsraum ermöglichten die Vorrangstellung der SPD bei der Industriearbeiterschaft (vgl. Walter 2002: 21f., 65). Die Flexibilität der Partei litt jedoch an der Klammerung an eine bestimmte Subkultur. Die größte Sorge der SPD war es, ihren Halt in der eigenen Anhänger-

schaft zu sichern und auszubauen; die Bereitschaft, Risiken einzugehen und andere Schichten anzusprechen, war demgegenüber gering (vgl. Ritter 1976b: 109).

Das Bestehen einer anders wirkenden, aber ähnlich positionierten Kraft, den Gewerkschaften, ist eine weitere Grundlage des Handelns der SPD. Viele SPD-Anhänger waren zugleich Mitglied der Gewerkschaften; diese stellten zudem eine Vielzahl der Parteifunktionäre. Rein zahlenmäßig lösten die Gewerkschaften die SPD im letzten Jahrzehnt vor Kriegsausbruch als dominante Kraft in der Arbeiterbewegung sogar ab.[2] Politisch waren die Gewerkschaften dem rechten – stark reformistischen – Flügel der SPD zuzuordnen. Der Marxismus spielte bei ihnen nur eine untergeordnete Rolle, die Kontakte zum bestehenden Staat und der Glaube an dessen Reformfähigkeit waren stärker ausgeprägt (vgl. Köllmann 1972: 441f.; Steinberg 1974: 60; Walter 2002: 44.).

Die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter – weniger aufgrund der Sozialreformen als aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs – führte dazu, dass die Arbeiterschaft zu einem integralen Bestandteil der bürgerlich-industriellen Gesellschaft wurde und auch die SPD zu einem – ungern eingestandenen – Arrangement mit dem Wilhelminischen Staat kam (vgl. Köllmann 1972: 445f.).

2.1.2 Der Erste Weltkrieg und die organisatorische Spaltung

Durch die Bewilligung der Kriegskredite im August 1914 setzte die Sozialdemokratie dann auch ein nach außen sichtbares Zeichen in der Frage, ob sie eine Reform- oder Revolutionspartei sei. Klassenkampf-Rhetorik und die Formulierung von Einschränkungen konnten dies nicht verdecken. Auch wenn die Zugeständnisse der bürgerlichen Parteien für dieses Entgegenkommen bei weitem nicht adäquat waren, bedeuteten sie, dass die SPD fortan direkt in die Verantwortung eingebunden werden konnte.[3]

Die Kehrseite des Entschlusses war die organisatorische Spaltung der Arbeiterpartei: Diese stellte das Resultat der Spannungen dar, die sich unter der Oberfläche der nach außen betonten Einheitlichkeit aufgebaut hatten, und nun offen hervorbrachen. Die einstimmige Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 war zugleich das stärkste Zeichen des Einheitswillens und der Moment, an dem die linke Minderheit den Kurs der gemäßigten Mehrheit nicht mehr mittragen konnte. Ohne hier näher auf Ursachen und Ablauf der Trennung eingehen zu wollen, gilt es die Folgen zu benennen, die sich für die MSPD ergaben:

---

[2] Viele Entscheidungen der Weimarer SPD lassen sich demnach auch nur verstehen, wenn man gewerkschaftliche Vorstellungen und Positionen in die Betrachtung einbezieht (vgl. Winkler 1985: 14). Insbesondere in den frühen Jahren der Republik besaßen die Gewerkschaften, mit ihren bis zu 10 Mio. Mitgliedern, einen großen Einfluss.

[3] Zuerst auf kommunaler Ebene, auf der die SPD nun mit staatlicher Genehmigung Bürgermeister stellen durfte, und in den letzten Kriegsjahren auch auf Regierungsebene, was allerdings durch die Vormachtsstellung der Militärs entwertet wurde (vgl. Huber 1978: 122ff.).

Der Umstand, dass fortan zwei linke Parteien um dieselbe Wählergruppe buhlten und beide identische Ziele bei differierender Methode propagierten, führte zu erbitterter Konkurrenz. Der Bewegungsspielraum der MSPD wurde erheblich eingeschränkt: Jedes Zugehen auf die bürgerlichen Parteien wurde von Links als ‚Verrat' etikettiert und kostete Stimmen im Arbeiterlager. Zwar verblieben die meisten Ortsvereine, der überwiegende Teil der Anhängerschaft sowie ein Großteil des Organisationsapparates bei den Mehrheitssozialdemokraten, doch mehrere der theoretischen Köpfe der Partei (Kautsky, Bernstein, etc.) wandten sich zumindest vorübergehend der USPD zu (vgl. Miller 1974: 166ff.). Die Mitgliederzahlen gingen durch den Krieg rapide runter und wurden durch die Spaltung nochmals reduziert.[4]

Das Fehlen eines parteiinternen linken Flügels ist Ursache dafür, dass die produktive Spannung zwischen fortschrittlich-utopischer und konservativ-gemäßigter Parteilinie verloren ging, aus der die Partei ein Bewegungsmoment in der deutschen Revolution hätte schöpfen können. Der Unmut der Arbeitermassen über die Errungenschaften der Revolution wurde zu wenig verstanden und als bolschewistisch abgetan.

Neben der Parteispaltung gab es für SPD und Weimarer Republik noch weitere, allerdings unverschuldete Hypotheken aus dem Ersten Weltkrieg: den Versailler Vertrag und die Dolchstoßlegende. Während ersterer durch die Härte der Deutschland auferlegten Bedingungen eine negative Identifikation mit dem neuen Staat bewirkte, stellte die Dolchstoßlegende ein gegen die Sozialdemokraten geschmiedetes Komplott dar. Die Abwälzung der Schuld für die Kriegsniederlage verhinderte, dass es in konservativen Kreisen zur Anerkennung des eigenen Scheiterns kam und vertiefte jene Gräben, die in der jungen Demokratie von Anfang an jeden übergreifenden Konsens verhinderten. Anders als beim Versailler Vertrag, dessen Ratifizierung ein Muss war, kann man der SPD beim Entstehen der Dolchstoßlegende einen partiellen Vorwurf machen: Ein frühzeitiges Gegensteuern und ein Offenlegen des moralischen und militärischen Bankrotts der alten Eliten hätte Verbreitung und Glaubwürdigkeit der Dolchstoßlegende unterminieren können (vgl. Niedhart 1994: 45ff.; Miller/Potthoff 1983: 97ff.).

[4] Im Jahr 1917 hatte die MSPD nur noch 243.061 Mitglieder, während die Angaben für die USPD zwischen 70.000 und 120.000 schwanken. Die Mitgliederzahlen stiegen nach dem Krieg in beiden Parteien wieder massiv an. Den Höhepunkt in der Mitgliederentwicklung der USPD markiert der Oktober 1920, damals hatte die Partei 893.923 Mitglieder und lag damit nur ca. 200.000 Mitglieder hinter der SPD (vgl. Krause 1975: 303).
Während der Revolution erlebte die MSPD in absoluten Zahlen ein erkennbares Mitgliederwachstum und hatte in der Spitze (1920-1922) mehr als 1,18 Millionen Mitglieder. Bedenkt man jedoch den Vorkriegsstand und vergleicht den Anstieg mit den Zugewinnen von USPD und Freien Gewerkschaften, so wird erkennbar , dass es sich eher um eine Stagnation der Mitgliedszahlen handelte (vgl. Miller/Potthoff 1983: 106f.)

2.2 Vorprägungen der Partei

> „Das Endziel der Entwicklung, sobald einmal das Proletariat ans Staatsruder gekommen, ist die Vereinigung sämtlicher Betriebe zu einem einzigen ungeheuren Staatsbetrieb, *d.h. die Verwandlung des Staates in eine einzige Wirtschaftsgenossenschaft.* Die kapitalistische Produktion hört auf, und eine andere Produktionsweise entfaltet sich, begründet auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln." (Kautsky 1968: 172f.)

Liest man diese Erläuterung Karl Kautskys zu dem von ihm verfassten Erfurter Programm der SPD (1891), das bis 1921 (Verabschiedung des Görlitzer Programms) Geltung hatte, so fällt unmittelbar auf, wie sehr sich das praktische Handeln der MSPD bereits im Kaiserreich von den Maßstäben der eigenen Theorie entfernt hatte. Den Parteiprogrammen von Erfurt, Görlitz und Heidelberg (1925) ist gemein, dass sie in eine theoretisch-marxistische Einleitung und einen gemäßigten Forderungsteil zerfallen. Dem litaneihaft vorgetragenen Bekenntnis zu Marxismus und Sozialisierungspolitik stand – sowohl bei den Parteiführern, als auch an der Basis – die reformistische Praxis gegenüber, die mit einem grundsätzlichen Bekenntnis zum Staat und dem Glauben an langsamen Wandel durch Sozialreformen von Kernaussagen des Marxismus eklatant abwich (vgl. Miller/Potthoff 1983: 71).

Zu einem Grundbestandteil der Sozialdemokratie entwickelte sich der Marxismus in der Zeit der Sozialistenverfolgung von 1878 bis 1890 (vgl. Walter 2002: 18ff.). Er entsprach dem aus offener Unterdrückung resultierenden Bewusstsein der Arbeiterschicht (vgl. Miller/Potthoff 1983: 49). Der von den Sozialdemokraten vertretene Marxismus war jedoch in seiner theoretischen Komplexität beschnitten: Um ihn für die Massen handhabbar zu machen, veränderte Kautsky die Rolle des Proletariats: von einer aktiv-revolutionären hin zu einer stärker evolutionären (vgl. Ritter 1976a: 32f.).

Nach dem Ende der Sozialistengesetze und mit dem zunehmenden Fortschritt in der Lebenssituation des Einzelnen verbreitete sich zwar die Erkenntnis der Dualität von Theorie und Praxis, dies führte jedoch weder zu einer Synthese der Positionen noch zu einem Abwerfen des dogmatischen Ballasts: Im Revisionismusstreit wies der überwiegende Teil der Sozialdemokratie über mehrere Jahre hinweg jede Veränderung marxistischer Grundannahmen entschieden zurück, ohne daraus freilich die Konsequenzen zu ziehen und die Reformbemühungen im bestehenden Staat auch nur einzuschränken (vgl. Ritter 1976a: 37ff.; Huber 1982: 112ff.).

Aus der Verankerung des Marxismus ergeben sich für die Sozialdemokratie der Weimarer Zeit mehrere Probleme: Der Glaube an das unaufhörliche Wachstum des Proletariats und die daraus abgeleitete Gewissheit, permanente Regierungspartei zu bleiben, verhinderte, dass die MSPD ihre Machtposition nach dem Kollaps des alten Regimes zur Schaffung und Sicherung dauerhafter

sozialpolitischer Errungenschaften einsetzte. Dies ermöglichte das Zurückschrauben vieler Veränderungen in den langen Phasen rein bürgerlicher Regierungen. Weiterhin wirkte der Glaube an die ‚eingebaute' Mehrheit lähmend, als es um die Frage der Etablierung von Selbstschutzmechanismen für die Verfassung ging; Mechanismen, die möglicherweise die Aushöhlung der Demokratie in der Endphase der Republik verhindert hätten.

Auch das marxistische Diktum der Zuspitzung des Klassenkampfes auf zwei Protagonisten (Bourgeoisie und Proletariat) erwies sich als Klotz am Bein der Arbeiterbewegung: Die Verständigung mit kleinbürgerlichen Schichten oder der Landbevölkerung wurde durch die radikale Rhetorik weitestgehend unterbunden (vgl. Kremendahl 1982: 236ff.). Die Hypothese der zunehmenden Proletarisierung ließ es nicht zu, Verständnis für die Bedürfnisse und Vorstellungen breiter Bevölkerungsschichten jenseits der eigenen Kerngruppe zu generieren. Der Begriff des ‚Klassenkampfes', der im Heidelberger Programm sogar wieder hervorgehoben wurde, passte – trotz aller Bemühungen um rhetorische Wattierung – niemals zum parlamentarischen Koalitionssystem der Weimarer Republik; mit ihm konnte die SPD weder bündnis- noch mehrheitsfähig werden (vgl. Winkler 1982: 23). Die Folge war, dass das sozialdemokratische Wählerpotential in der Weimarer Republik auf 2/5 der Stimmen begrenzt blieb[5] und auch nur in den ersten Wahlen zur Nationalversammlung annährend ausgeschöpft werden konnte (vgl. Walters 2002: 55, Gessner 2002: 76). Alle Versuche, über das eigene Milieu hinauszugehen, blieben mäßig erfolgreich und waren stark umstritten.

Das Bild, das sich die SPD vom Übergang zum Sozialismus gemacht hatte, erwies sich als höchst naiv; die effiziente Organisation des Wartens auf eine geschichtsnotwendige Entwicklung wurde als dem Vorgreifen und Planen überlegen propagiert (vgl. Walter 2002: 59). Kautskys Akzentuierung der SPD als revolutionäre, nicht aber Revolution machende Partei behinderte jede programmatische Vorbereitung auf die Umgestaltung der Gesellschaft (vgl. Groh 1974: 69f.; Miller/Potthoff 1983: 71; Winkler 1985: 148)

Kritisiert man die MSPD für ihren marxistischen Dogmatismus und die daraus erwachsenden strategischen Unzulänglichkeiten, so muss man auf der anderen Seite auch die Schwächen der kontinuierlichen Reformpolitik sehen: die Integrationsleistung wurde hinsichtlich des sozialen Friedens, die die Sozialdemokraten durch die Einbindung der Arbeiterscharen vollbrachte, von den bürgerlichen Parteien bewusst und gerne in Anspruch genommen, nicht aber entsprechend honoriert. Ohne den Zusammenbruch des Kaiserreichs im Ersten Weltkrieg hätten die alten

[5] Die vorhergesagte Proletarisierung war bereits im Kaiserreich zum Erliegen gekommen, das unterschiedslose Herabsinken der Mittelstände hatte sich als Fiktion erwiesen. Die Spaltung der sozialistischen Parteien generierte zudem erhebliche Konkurrenz im eigenen Lager, und die SPD unterschätzte notorisch die Bereitschaft der Arbeiter, auch für andere Parteien zu stimmen (vgl. Wehler 2003: 322f.)

Eliten die Mitwirkung der Sozialdemokraten nie zugelassen; völlig unabhängig von nationaler Bewährung oder sozialpolitischem Reformkurs. Die Zugeständnisse der SPD waren zu weit reichend und basierten nicht auf adäquater Gegenleistung, sie überschätzten die Loyalität und Aufrichtigkeit der Gegenseite (vgl. Miller 1974a: 396f.). Es bleibt mehr als fraglich, ob die Machtstellung der Eliten, wenn sie sich schon durch den Kollaps im Ersten Weltkrieg nicht wirklich beseitigen ließ, auf dem langen Weg kontinuierlicher, sozialer und demokratischer Reformen auch nur annährend zu einem befriedigenden Abschluss hätte gebracht werden können.
Eine weitere Grundüberzeugung der Sozialdemokraten war der überspitzte Glaube an die Kraft der Organisation und die damit verbundene ‚Integrationsideologie': Eine ausgeprägte Hierarchie zwischen Parteiführung und Anhängerschaft sowie das Gebot des einheitlichen Auftritts nach außen galten als Garanten des ordnungsgemäßen Vollzugs der prophezeiten Revolution. Das resultierende starre Parteikonstrukt verhinderte einen flexiblen Umgang mit Abweichlern und beförderte die Abtrennung der USPD. Der Glaube an die Macht der Organisation diente der Selbsttäuschung über die eigenen Fähigkeiten:

> „Der tatsächlichen Ohnmacht wurde der Mythos von der Macht der Organisation entgegengestellt, […]. Gerade die immer wieder bewunderte Organisation der deutschen Partei mit ihrer Leistungsfähigkeit auf allen Gebieten, vor allem bei der Durchführung von Wahlkämpfen, war auch ein Ausdruck der politischen Impotenz. Darüber hinaus wurde durch die Qualität der Organisation, die wiederum zu einer Disziplinierung der sozialdemokratischen Mitgliedschaft führte, die Partei eine »bis zur Komik getreue Volksaufgabe des Staats, in dem sie lebt(e)«." (Steinberg 1974: 58f.)

Mit der Übernahme der Macht begann die MSPD, die in ihrer geschlossenen Struktur erlernten Handlungsmuster auf die gesellschaftliche Ordnung auszuweiten. Sie verkannte dabei die Unvereinbarkeit ihrer Ziele mit den Interessen bürgerlicher Schichten. Eine echte Umgestaltung hätte es erfordert, dass die Sozialdemokratie manche der Ungleichgewichte offensiv beseitigt hätte, man versuchte hingegen, alle nicht offen feindlich artikulierten Positionen zu integrieren. Erich Matthias erkennt im Imperativ der innerparteilichen Integration somit den Vorläufer der statischen und konservierenden Ordnungspolitik, die die MSPD in der deutschen Revolution kennzeichnete (vgl. Matthias 1972: 113).
Der Vorwurf der theoretisch-programmatischen Unbedarftheit und der Fixierung auf organisatorische Fragen lässt sich nicht nur für die Partei im Ganzen machen, sondern auch gezielt an ihr Führungspersonal richten, im Besonderen an Friederich Ebert (vgl. Gessner 2002: 31). Der spätere Reichspräsident wird von Richard N. Hunt als fantasieloser Bürokrat beschrieben, der „gegen seinen Willen zum Revolutionär wurde" und „instinktiv zu einer konservativen Machtausübung und zur Zusammenarbeit mit den alten Kräften" neigte (Hunt 1972: 121). Hunt wirft Ebert vor, dass dessen Entschlüsse in den Entscheidungssituationen der deutschen Revolution

weniger wie das Handeln eines zwischen den Polen von Demokratisierung und Sozialisierung zerrissenen Führers wirken als vielmehr wie die „Reflexe eines Parteisekretärs", der mit „verantwortungsvollen Aufgabe[n], die seine Fähigkeiten übersteigen", überfordert ist (Hunt 1972: 134). Trotz Eberts späteren Verdiensten als „Hüter der Republik" war er nicht der geeignete Mann, um sozialistische und demokratische Ideale der Sozialdemokratie gemeinsam in der Weimarer Republik zu verankern und dadurch den Arbeitern die deutsche Revolution als ihren Erfolg näher zu bringen.

Vom Typ her unterschiedlich, doch ebenso wenig für den veränderten Politikbetrieb der Revolution geeignet, war Philipp Scheidemann. Dessen Kardinaltugenden, Rhetorik und Agitation, waren ein großes Plus in den losgelösten Parlamentsdiskussionen des Kaiserreiches, für die Weimarer Republik hätte er hingegen ein stärker strategisch denkender Politiker sein müssen. Seine gegen den Willen Eberts vorgenommene Republikausrufung am 9. November 1918 erwies sich nicht nur als Höhe-, sondern auch als Wendepunkt seiner Karriere (vgl. Walter 2002: 59; Miller 1978: 84f.). Der Brückenschlag zwischen programmatischen Ambitionen und sozialistisch-reformistischer Politik vermochte den Nachfolgern August Bebels nicht mehr zu gelingen (vgl. Miller 1982: 399). Hunts These, dass dem Scheitern in der Novemberrevolution ein Versagen der Führung zugrunde liegt, ist gerechtfertigt, wenn man einbezieht, dass die Prägung der Führungskräfte die Defizite der Partei spiegelt (vgl. Hunt 1972).

Ein letztes negatives Erbe aus dem politischen System des Kaiserreichs war das mangelnde Verständnis der Parteien für die Ausformung von Koalitionen und die Übernahme von Verantwortung. Parlamentarische Politik wurde im Kaiserreich als das Hochschrauben von Forderungen verstanden. Man gab sich unversöhnlich und übte Druck auf die ‚Regierung über den Parteien' aus. Kompromisse auf gleicher Augenhöhe mussten nicht geschlossen werden, Ausbalancierung spielte eine untergeordnete Rolle (vgl. Ritter 1972: 246f.). Wie von Bismarck intendiert und von seinen Nachfolgern fortgeführt, war es die Exekutive, die durch eine Mischung aus Integrationstaktiken und Krisenbeschwörung die Zügel in der Hand hielt (vgl. Groh 1974: 68). Das Reforminteresse der Parteien beschränkte sich darauf, den eigenen Einfluss auf die Regierung zu erhöhen, nicht aber die Dualität von verantwortungstragender Exekutive und kontrollierendem Parlament prinzipiell aufzuheben (vgl. Ritter 1976b: 105). Das System ermöglichte es, Macht ohne Verantwortung auszuüben[6], und als Folge dieser Konstruktion fiel das Parlament als Ort wirt-

[6] Dem Vorwurf der Kompromissunfähigkeit und Verantwortungslosigkeit der Parteien des Kaiserreichs widerspricht Fenske (1994: 198) vehement: Er betont, dass auch im Kaiserreich bereits Kompromisse geschlossen und Verantwortung getragen wurde, verkennt dabei aber die stark entlastende Funktion der klar abgegrenzten Klassengesellschaft und die durch das Verfassungssystem betonte Überordnung der Exekutive. Seine Einschätzung der Kompromissunfähigkeit als Kriegsfolge korrespondiert mit seiner allgemeinen Unterschätzung der Chancen, die die Weimarer Republik trotz externer Auflagen gehabt hätte.

schaftlicher und sozialer Problemlösung weitgehend aus, konstruktive politische Planung seitens der Parteien wurde somit unterbunden (vgl. Ritter 1972: 246f.).

Als positive Auswirkung der sozialdemokratischen Prägung im Kaiserreich ist hingegen zu erwähnen, dass durch die Erfahrung von Verfolgung und Ausgrenzung die Bedeutung liberaler und demokratischer Freiräume fester Bestandteil der Überzeugungen der Sozialdemokraten wurde. Dies fand Ausdruck in der Einführung des allgemeinen Wahlrechts (auch für Frauen) und der Festschreibung eines Grundrechtekatalogs.[7] Die Konzentration auf den parlamentarischen Auftritt, der der Partei als letztes Agitationsfeld in der Zeit der Sozialistenverfolgung gelassen wurde, bewirkte, dass der Parlamentarismusglaube gestärkt wurde und sich gegenüber den militanten Kräften in der Partei immer durchzusetzen wussten (vgl. Miller/Potthoff 1983: 50). Das Leitbild, mit dem die MSPD in die Phase der deutschen Revolution eintrat, wurde durch:

> „ […] eine parlamentarische Demokratie, in der das mündige Volk in freien Wahlen das Vernünftige entschied und die Sozialdemokratie, legitimiert durch die Mehrheit des Volkes, in einem Klima geordneter demokratischer Zustände soziale Reformen durchführen konnte“ (Miller/Potthoff 1983: 89)

markiert.

So sympathisch diese Vorstellung heute erscheint, für die Umwälzung der verkrusteten Machtstrukturen des vollends am Boden liegenden deutschen Reichs hätte es konkreterer Vorstellungen und weitergehender Ideale bedurft. An Stelle einer ambitionierten, aber realistischen Vision der kommenden Gesellschaft hatte die Sozialdemokratie nur eine erstarrte Utopie und eine kleinteilige Reformpraxis anzubieten.

Resümierend lässt sich feststellen, dass die Erfolge der Sozialdemokratie im Kaiserreich, die MSPD in eine Lage brachten, die sie für die Übernahme der Verantwortung denkbar ungeeignet machte. Mehr als die Verkündigung der „Richtigkeit der eigenen Weltanschauung“ hatte die Partei nicht gelernt (vgl. Kastning 1970: 49). Das theoretisch vorhergesagte und in der Praxis bestätigte unaufhörliche Wachstum hatte die programmatischen Erneuerungskräfte zum Erstarren gebracht. Der Organisations- und Integrationsglaube, der verkrampfte Dogmatismus und die gleichzeitige Bindung an die bürgerlichen Eliten durch die Politik der allmählichen Sozialreform ermöglichten das geordnete Abwickeln der deutschen Revolution, nicht aber deren Lenkung im Sinne der Parteiziele (vgl. Miller 1982: 403).

---

[7] Beide Maßnahmen kehrten sich ironischerweise gegen die SPD: Die Einführung des Frauenwahlrechts resultierte weder in einem spürbaren weiblichen Mitgliederzuwachs noch erschloss sie der Sozialdemokratie neue Wählerschaften (vgl. Miller 1978: 428f.; Wehler 2003: 353f.). Die Formulierung eines Grundrechtekatalogs in der Weimarer Verfassung sicherte den Arbeitern zwar einige Errungenschaften, wurde aber von den bürgerlichen Parteien auch als „Bollwerk gegen weitere Umwälzungen“ verwendet (vgl. Rürup 1972: 236ff.).

Die MSPD in der deutschen Revolution 1918/19

3.1 Die deutsche Revolution und die MSPD

> „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann und darf sich nicht von den Ereignissen treiben lassen und der durch die soziale Entwicklung zu gesteigerter Machtfülle gelangten Staatsgewalt die Durchführung der Neuordnung zuweisen, sie muß in zielbewußter Mitarbeit die Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse unseres Volkes in eine zum Sozialismus führende Bahn zu lenken suchen." (Aktionsprogramm der MSPD 1918: 392)

Diese Worte sind die Kernaussage des Aktionsprogramms der MSPD, mit der sie versuchte, das Erfurter Programm hinsichtlich einer Nachkriegssituation zu konkretisieren. Der reformistisch gehaltene Leitfaden fand unter den Mitgliedern jedoch kaum Beachtung und noch weniger Zustimmung. Die theoretisch-programmatische Lücke blieb also bestehen.[8] Ein konkreter Plan zur Verwirklichung der Parteiziele lag während der Revolution nicht vor und konnte erst wieder angedacht werden, nachdem die Partei in die Oppositionsrolle zurückgekehrt war (vgl. Winkler 1982: 10).

Auffällig an der oben zitierten Formulierung ist, dass selbst im Frühjahr 1918 der Fokus der Partei noch ausschließlich auf „Mitarbeit" gerichtet war, der Gedanke an eine alleinige Machtübernahme nicht vorkam. Bis zum letzten Moment hatte die MSPD nicht nur eine einvernehmliche Lösung mit den alten Kräften für möglich gehalten, sondern diese auch gegenüber einer revolutionären Machtergreifung vorgezogen (vgl. Winkler 1985: 34ff.). Als am 9. November 1918 die von Kiel ausgehenden Proteste die Hauptstadt des Deutschen Reichs, Berlin, erreichten und die Regierung des Prinzen Max von Baden sich gezwungen sah, die Macht an die Sozialdemokraten abzutreten und den Rücktritt des Kaisers zu proklamieren, war die MSPD von der Dynamik der Ereignisse überrascht. Sie hatte die Revolution nicht gemacht, sondern nur erlebt (vgl. Miller/Potthoff 1983: 82). Der Entschluss, sich an ihre Spitze zu stellen, fiel buchstäblich in letzter Sekunde und war der Idee geschuldet, dass man nur so die Kontrolle über die Abläufe erhalten konnte (vgl. Miller 1978: 71ff.; Kastning 1970: 14f.).

Aber auch USPD und Spartakus-Bund waren nicht in der Lage, die Revolution für ihre Ideale zu vereinnahmen. Für den Großteil der Demonstranten, die das morsche Gebäude des Kaiserreichs zum Einsturz brachten, war nicht der Sozialismus das Ziel: Sie wollten den Abbau der halbabso-

[8] Léo Hamon merkt richtigerweise an, dass die häufig gebrauchte Phrase von der programmatisch-theoretischen Leere fehlgeht, wenn man überblickt, welche Mengen alleine an theoretischen Publikationen verfasst wurden. Auch er stellt allerdings heraus, dass die Quantität, nicht über den Mangel an Qualität (im Sinne zeitgemäßer Theorie) hinwegtäuschen kann (vgl. Hamon 1982: 456).

lutistischen Herrschaftsstrukturen, die Verbreiterung der wirtschaftlichen und sozialen Mitbestimmung und die Beendigung des drückenden Kriegszustandes (vgl. Kolb 1972: 180).
An dieser Stelle kann kein historischer Abriss der deutschen Revolution, ihres Ablaufs und der jeweiligen Einwirkungen der MSPD gegeben werden. Es lohnt sich jedoch, die Revolution hinsichtlich der Machtfülle der Mehrheitssozialdemokraten zu periodisieren und herauszustellen, warum sich das ‚Fenster der Gelegenheiten' nach und nach schloss. Anschließend werde ich in drei kurzen Kapiteln zeigen, wie das überkommene Gedankengut der Kaiserreichpartei auf zentrale Fragen der Konsolidierung der Weimarer Republik durchwirkte.

3.1.1 Der Rat der Volksbeauftragten

Die Phase unmittelbar nach der Novemberrevolution, in welcher der Rat der Volksbeauftragten die Wahl der Nationalversammlung vorbereitete, bedeutete die größte Machtfülle für die Sozialdemokratie. Die alten Eliten waren durch den Bankrott des Kaiserreiches vorübergehend paralysiert, die Massen in hohem Maße politisiert. Die Erwartung von Veränderungen war allgegenwärtig und selbst die bürgerlichen Schichten setzten auf die SPD, wenn auch vielfach nur in der Hoffnung, dadurch die Tiefe der Revolution zu begrenzen (vgl. Fenske 1994: 159).
Die überwältigende Zustimmung war mit dem Pariabewusstsein der MSPD Funktionäre nicht zu vereinen: Man überschätzte auf der einen Seite die Möglichkeiten der radikalen Linken, die Revolution im bolschewistischen Sinne voranzutreiben, und erkannte auf der anderen Seite nicht, dass Militär, Justiz und Bürokratie zumindest für den Moment vollständig ausgeschaltet waren. Auch wenn eine Verständigung zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum – wie richtig erkannt wurde – unerlässlich war, hätte die MSPD diese mit einem Mehr an politischem Gestaltungswillen betreiben und zu den eigenen Konditionen durchsetzen können und müssen (vgl. Kolb 2000: 166). Hierfür hätten die Sozialdemokraten sich jedoch mehr als „Gründungsväter" und weniger als „Konkursverwalter" fühlen müssen (vgl. Winkler 2002: 384f.).
Es kam anders: Der bereits am Tag nach der Republikausrufung geschlossene Pakt zwischen Ebert und General Groener von der Obersten Heeresleitung (OHL) und die gewaltsame Niederschlagung von Arbeiteraufständen unter Zuhilfenahme rechter Freikorpseinheiten im November und Dezember 1918 sorgte für das Widererstarken des Militärs, verschärfte den Unmut unter den erwartungsfrohen Arbeiterscharen und begünstigte somit das Emporkommen der Radikalen – von links wie von rechts (vgl. Miller/Potthoff 1983: 90). Die MSPD verspielte rasant die Autorität, von der sie nie wusste, dass sie sie hatte (Matthias 1972: 116).
Dass die MSPD die Macht gehabt hätte, weitgehende Vorentscheidungen hinsichtlich des zu entstehenden Staatsgebildes zu treffen, wenn sie es nur gewagt hätte, „die Klaviatur des Staatsap-

parats“ entschlossen zu bedienen, steht heute weitgehend außer Frage (vgl. Matthias 1972: 107). Nicht das Errichten einer ‚Diktatur des Proletariats', sondern die Entmachtung von Bürokratie und Militär, das Vorantreiben und Sichern eines Umbaus der Sozialstruktur wären möglich – und alleine aus symbolischen Gründen – geboten gewesen (vgl. Kolb 1972: 181).

Hierbei stand der MSPD jedoch ihr eigener Parlamentarismusglaube im Weg: In der Unterstützung der Arbeiter- und Soldatenräte erkannte die MSPD keine legitime Grundlage für Veränderungen. Sie pochte auf Bestätigung in einer formalen Wahl und drängte – im Widerspruch zur USPD – auf einen möglichst frühzeitigen Wahltermin (vgl. Miller 1978: 109; Matthias 1972: 113; Rürup 1972: 221). Selbst, wenn man zugute hält, dass die MSPD damit auch den Erwartungen des Auslands entsprach – welches die Bemühungen der Sozialdemokraten jedoch nicht durch einen weicheren Friedensvertrag honorierte – ergibt sich unter dem Strich, dass das bewusste Bremsen der Revolution nicht nur die Regeneration der alten Kräfte begünstigte, sondern auch die MSPD von der eigenen Anhängerschaft entfremdete. Im Drängen auf zügige Wahlen und baldige Parlamentarisierung zeigte sich die Selbstüberschätzung der Arbeiterpartei: Ihre Erfolge hatten sie blind gemacht für die Gefahren, die in einer zu schnellen Verständigung mit dem Bürgertum lagen. Die demokratischen Chancen, die Rätesystem und Streikbewegung boten, wurden völlig verkannt (vgl. Kolb 1972; Miller/Potthoff 1983: 87).

Ein zweiter Aspekt, der gegen die aus legalistischen Erwägungen eilig herbeigeführten Wahlen spricht, ist der unterbundene Wandel der Parteien. Umstrukturierungen und die Öffnung hin zu neuen Wählerschichten wurden durch den früh einsetzenden Wahlkampf unmöglich. Organisationsdisziplin obsiegte gegen die kreativen Formen, die sich in der heißen Revolutionsphase herausbildeten (vgl. Ritter 1972: 268). Insgesamt wäre der Weimarer Demokratie folglich ein größerer Dienst erwiesen worden, wenn sie nicht so überhastet herbeigeführt worden wäre, und sich die Vertreter der Revolutionspartei zuerst ein Bild von dem gemacht hätten, was sie eigentlich erreichen wollten und konnten (vgl. Lehnert 1983a: 127f).[9]

Und eine weitere Chance wurde bereits in den Anfangstagen der Revolution verspielt: die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Diese wurde nicht nur von vielen Anhängern gewünscht, sondern auch von der sozialdemokratischen Presse, insbesondere vom

[9] Franz Walters Gegenthese, dass ein Mehr an revolutionärer Rigidität die Demokratie eher gesprengt als gestützt hätte, ist entschieden zurückzuweisen. Walter begründet diese Annahme mit zwei Argumenten: zum einen dem frühen Termin der Wahl, der tief reichende Veränderungen unmöglich mache, was jedoch – wie gezeigt – auf die Entschlüsse der MSPD selber zurückzuführen ist; zum anderen mit der Feststellung, dass die Konservativen bei den zu erwartenden späteren Wahlsiegen nicht nur die Veränderungen zurückgenommen hätten, sondern zudem Rache geübt hätten. Dieses Argument trägt nicht, weil es verkennt, dass die MSPD die Möglichkeit gehabt hätte, eine stabilere Republik und nicht gleich eine sozialistische Herrschaft zu errichten. Ein konsequentes, nicht übermäßiges Verändern der Strukturen hätte der MSPD auch Anhänger in anderen Schichten sichern können und zudem die Arbeiterschaft geschlossen hinter die Republik gestellt (vgl. Walter 2002: 54f.).

mehrheitssozialdemokratischen ‚Vorwärts', entschieden propagiert (vgl. Lehnert 1983b: 79f.). Zu mehr als einem kurzfristigen Zusammenraffen im paritätisch besetzten Rat der Volksbeauftragten sollte es jedoch nicht kommen. Nach vielen Querelen verließ die USPD den Rat der Volksbeauftragten am 18. Dezember 1918 wieder. Beide Seiten haben dabei ihren Anteil am Scheitern des Zusammenschlusses, dessen Wurzeln jedoch im überkommenen Parteienverständnis liegen. Während es der USPD unmöglich erschien, Kompromisse als Erfolge zu verkaufen, hielt die MSPD an der irrigen Annahme fest, dass Abweichler im Arbeiterlager erheblich gefährlicher waren als das Wiedererstarken der Rechten – eine Folge der Theorie des unaufhörlichen Wachstums. Die fortgesetzte Trennung aber verstärkte die Unruhe innerhalb der Arbeiterbewegung und behinderte die Möglichkeit einer aktiveren und attraktiveren sozialdemokratischen Politik (vgl. Miller 1974b: 104f.).

3.1.2 Nationalversammlung und Weimarer Koalition

Die Wahlen vom 19. Januar 1919 brachten der MSPD nicht die erhoffte absolute Mehrheit; der Stimmenzuwachs hielt sich gegenüber den letzten Vorkriegswahlen von 1912 in engen Grenzen.[10] 37,9 % für die MSPD und 7,6% für die USPD reichten nicht hin, um eine Mehrheit der Arbeiterparteien im Parlament zu erlangen. Betrachtet man das Wahlergebnis im Detail, so fällt auf, dass es die Sozialdemokratie, trotz der Präsenz in den Revolutionsmonaten und der Aufhebung der vielen kleinen Benachteiligungen, nicht geschafft hatte, ihre Wählerbasis zu vergrößern.[11]
Die logische Folge der verpassten sozialdemokratischen Mehrheit war die Bildung einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien, namentlich dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Diese als Weimarer Koalition bekannt gewordene und bereits im Interfraktionellen Ausschuss erprobte Konstellation bot der MSPD immer noch einen weit reichenden Horizont für die Verwirklichung eigener Ziele und sozialer Reformen. So setzte die Partei folgende Grundlagen der Regierungspolitik durch:

> „1. Rückhaltlose Anerkennung der republikanischen Staatsform, 2. in der Finanzpolitik eine scharfe Heranziehung von Vermögen und Besitz, 3. eine tiefgreifende Sozialpolitik und Sozialisierung der dazu reifen Industrien." (Miller/Potthoff 1983: 91)

[10] Die beiden Wahlen sind aufgrund des geänderten Wahlrechts und der mangelhaften Datenlage bei der Januarwahl 1919 jedoch nur schwer zu vergleichen (vgl. Winkler 1985: 138).
[11] Sieht man von größeren Zuwächsen bei den Landarbeitern ab, blieb die MSPD weitgehend, die USPD ausschließlich auf die Subkultur der Arbeiter beschränkt. Nur in Gebieten, in denen die Sozialdemokraten vor dem Krieg auf Grund des Mehrheitswahlrechts völlig marginalisiert waren, gab es einen spürbaren Zugewinn an Stimmen. In alten Hochburgen konnte hingegen nichts hinzugewonnen werden. Das Problem der Milieupartei blieb also bestehen. (vgl. Winkler 1985: 142).

Den papierenen Ankündigungen folgte jedoch nicht die praktische Umsetzung. Weniger der Widerstand der Koalitionspartner als die Ideenlosigkeit der MSPD ließ Verbesserungen scheitern oder gar nicht erst auf die Tagesordnung kommen (vgl. Miller 1974: 103). Die wenigen Errungenschaften reichten nicht, um die Partei zufrieden zu stellen; Kompromisse waren unbeliebt. Es rächte sich nun, dass die Parteiideologie eine Oppositionsideologie war, dass in ihr eine Politik der kleinen Schritte weder angekündigt noch vorgesehen war. Die Versprechen der klassenlosen Gesellschaft wären selbst bei unbegrenzter Machtfülle nicht zu realisieren gewesen, noch kümmerlicher aber wirkten die Resultate der »Kompromissregierung« (vgl. Miller/Potthoff 1983: 106; Ritter 1972: 260).

Nicht nur die Unzufriedenheit mit den Koalitionspartnern, sondern auch die Empörung über die eigenen Spitzenkräfte illustrieren das schwierige Verhältnis der Sozialdemokraten zur Macht: Wer Regierungsverantwortung übernahm, musste aus dem Parteivorstand austreten. Die Doppelfunktion als Regierungsmitglied und als Genosse rief schwere Irritationen hervor (vgl. Miller 1974: 100f.):

> „Der politische Habitus des in Amt und Würden stehenden Spitzenfunktionärs entfernte sich immer mehr von jenem des Durchschnittsgenossen, ohne daß beide Seiten auf diesen zu einem gewissen Grade unvermeidlichen Prozeß der funktionellen Differenzierung bewußtseinsmäßig vorbereitet gewesen wären. Die vielfachen Vorwürfe aus Kreisen der im Vorkriegshorizont verhafteten Anhängerschaft sowie der linken Intelligenz, die SPD sei durch ihre "staatstragende" Rolle zunehmen [sic] "verspießert" und tendenziell "korrumpiert", haben neben den Frustrationen über das Ausbleiben tiefgreifender Reformen auch in solchen Spannungsfeldern zwischen Herkunftsmilieu und veränderter Systemfunktion der Sozialdemokratie ihre Wurzeln.“ (Lehnert 1982: 259)

Mehr noch als das Ausbleiben von Veränderungen während der Übergangszeit vor der Wahl der Nationalversammlung schlug sich die Unsichtbarkeit sozialdemokratischer Ideale in der Phase der Weimarer Koalition negativ auf das Image der MSPD nieder. Die Folge war das Anwachsen der internen Opposition und die Entladung der Unzufriedenheit in Streiks (deren gewaltsame Niederschlagung wiederum das Unverständnis förderte).

Trotz dieses Vertrauensverlustes sollte die MSPD noch eine zweite, wiederum unintendierte Chance erhalten, der Republik ein anderes Fundament zu geben. Diese Chance bot sich nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch von 1920: Den sich wieder stark fühlenden rechten Kräften war es mit Waffengewalt gelungen, die Regierung aus Berlin zu vertreiben, doch vor allem der organisierte Aufruhr der Arbeiter ließ den Putsch scheitern. Anstatt diese neue Welle der Loyalität als positives Signal zu deuten, mit ihrer Unterstützung den Ausbau des Republikschutzes voranzutreiben und auf die weitergehenden Forderungen der Demonstranten einzugehen, würgte die wieder im Sattel sitzende Regierung die restlichen Proteste ab (vgl. Miller 1978: 375ff.).

Die Quittung für das zweite Verpassen einer Chance und die unbefriedigende Regierungspolitik sollte unmittelbar folgen: In den Juni-Wahlen von 1920 konnte die Partei nur noch 21,6% der Stimmen auf sich vereinen, während die USPD – trotz ersichtlicher interner Querelen – auf 18% anschwoll. Nichts macht deutlicher, wie sehr der Rückhalt in den weniger als zwei Jahren seit der Übernahme der Verantwortung verloren gegangen war. In dieser traumatischen Erfahrung liegt die Sehnsucht der Partei nach der Oppositionsrolle begründet. Der Verlust der Unterstützung darf dabei nicht nur den widrigen äußeren Bedingungen zugeschrieben werden, sondern ist zu einem guten Teil der eigene Lethargie geschuldet. Die MSPD versäumte es, durch ihre Regierungspolitik den Arbeitern einen positiven Anreiz zur Identifikation mit der Republik zu geben, ihre Hilflosigkeit übertrug sich auf die Massen; Polarisierung und Instabilität waren die Folgen (vgl. Kolb 2000: 21).[12]

So sehr man die Regierungsmitglieder für ihre unentschlossene Politik kritisieren muss, für ihre Ungeschicklichkeit, die vorhandenen Spielräume zu nutzen und äußeren Bedingungen und inneren Erwartungen zugleich gerecht zu werden, so muss man doch ihr grundsätzliches Bekenntnis zur Demokratie und zur Koalitionspolitik anerkennen. Anders als die Massen der Arbeiter hatte die Parteispitze die grundsätzlichen Erfordernisse einer demokratischen Republik erkannt und sich in ihrem Tun vom theoretischen Dogmatismus gelöst. Es mangelte jedoch am entschlossenen Aufräumen mit den hinter der Fassade der neuen Ordnung wuchernden alten Strukturen und am Moment der Vermittlung zu den eigenen Anhängern. Dies macht auch der folgende Blick auf drei zentrale Bereiche der Systemtransformation deutlich.

3.2 Zentrale Entscheidungen der MSPD

3.2.1 Die Sozialisierungsfrage

> „Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen." (Regierungsprogramm des Rates der Volksbeauftragten 1918: 135)

Dieser prominent platzierten Zielbestimmung in der Antrittserklärung des Rates der Volksbeauftragten folgen neun Bestimmungen und ein Erklärungsteil, die die hauptsächlichen Ziele des Rates definieren: Die Vorbereitung der Nationalversammlung, das Sichern der Volksernährung und die Herbeiführung des Friedens. MSPD und USPD konnten sich hingegen weder innerparteilich noch untereinander darauf einigen, was unter Sozialisierung zu verstehen sei oder wie diese

[12] Wie Hans Fenske richtig bemerkt, kann man die Versäumnisse der Regierungszeit jedoch nicht den verantwortlichen Politikern alleine anlasten: Seitens Fraktions- und Parteiführung fehlte es an klaren Vorgaben und Rückkopplungen über die in der Partei vorherrschenden Stimmungen (vgl. Fenske 1994: 170).

anzugehen wäre (vgl. Schieck 1972: 142ff.; Miller 1978: 154f.). Jenseits der Frage, inwiefern Sozialisierungen in einem Land wie Deutschland möglich oder sinnvoll gewesen wären, wird in der Frage der Sozialisierungen das Dilemma deutlich, das die Kluft zwischen revolutionärer Rhetorik und sozialreformerischem Pragmatismus aufwarf: Demokratie und Sozialisierung, dieses Doppelpack war das Versprechen der SPD an die Arbeiterschaft seit Gründung der Partei. Die Entdeckung, dass das eine nicht aus dem anderen folgte, war eine Enttäuschung, die die Anhängerschaft der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik nicht bewältigen sollte (vgl. Steinbach 1982). Die Versprechungen der Gemäßigten auf einen kontinuierlichen, aber spürbaren Wandel erwiesen sich als Trugbild, die realitätsfernen Erwartungen vieler Arbeiter taten ein Übriges (vgl. Schieck 1972: 143ff.): Größere Teile der Arbeiterschaft wandten sich den Versprechungen der radikalen Linke zu, die garantierte, dass nach ‚ihrer' Revolution nicht nur vieles anders, sondern alles besser würde (vgl. Miller 1978: 161f.).

Als einschränkende Rahmenbedingung für Sozialisierungen muss dabei festgehalten werden, dass die Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG) durch Gewerkschaften und Arbeitgeber den Bereich der Wirtschaft dem Regelungszugriff des Staates bereits weitgehend entzogen hatte (vgl. Albertin 1977: 660f.; Matthias 1972: 109). Dieser bewusst getätigte Pakt der Gewerkschaften sicherte die während des Krieges gewonnenen Mitspracherechte ab. Darin eingeschlossen war jedoch auch die Anerkennung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und somit die Abkehr von den weiterreichenden Ziele der sozialistischen Parteien (vgl. Rürup 1972: 225; Schieck 1972: 140). Ein zweiter Grund, der einen Verzicht auf Sozialisierungen ratsam erscheinen ließ, ist in den Zerstörungen des Weltkrieges und den Reparationsforderungen der Siegermächte zu sehen (vgl. Miller/Potthoff 1983: 93). „Die sozialistische Verteilungspolitik stand vor dem Dilemma, erst die Werte schaffen zu müssen, deren »gerechte« Verteilung ihr Programm vorsah" (Schieck 1972: 141).

Diesen beiden nachvollziehbaren Einwänden zum Trotz wurde die Forderung nach einer zumindest symbolischen Sozialisierung (insbesondere im Bergbau) und der Entwicklung langfristiger Pläne zur Umgestaltung der Wirtschaft immer lauter: Die Basis der MSPD und die gesamte USPD drängte eindeutig auf Veränderungen und selbst der zurückhaltenden Führung der MSPD erschien es unerlässlich, das Thema auf die Tagesordnung zu setzten (vgl. Miller 1978: 141ff.). Das fehlende Gesamtkonzept, der Mangel an parlamentarischer Legitimität und die Angst vor der Durchsetzung radikaler Positionen ließ die Führung der MSPD jedoch zurückschrecken. Die Unsicherheit und Ambivalenz der eigenen Position bewirkten, dass das Vorhaben der Sozialisierung durch die Delegation an eine Expertenkommission entpolitisiert und entschieden verschleppt wurde (vgl. Schieck 1972: 148). Nach den Wahlen zur Nationalversammlung und der

Bildung der Weimarer Koalition war die Tür zu Sozialisierungen zugeschlagen. Die MSPD verlegte sich auf die Taktik, Sozialpolitik anstelle der Sozialisierungen anzubieten. Sie übersah dabei jedoch, dass der einzige Garant für die Dauerhaftigkeit sozialpolitischer Errungenschaften der eigene Machterhalt war (vgl. Schieck 1972: 155f.).

Einen letzten Nachhall der Sozialisierungshoffnungen stellte schließlich der Artikel 165 der Weimarer Verfassung dar: In diesem wird die Einrichtung eines Reichswirtschaftsrates (RWR) festgeschrieben, in dem Arbeitnehmerinteressen die Chance erhalten sollen, auf die Industriebetriebe einzuwirken. Der Reichswirtschaftsrat blieb jedoch während der gesamten Dauer der Weimarer Republik ein Provisorium; er erfüllte nie die Erwartungen, die seine geistigen Väter in ihn gesetzt hatten (vgl. Winkler 1985: 236ff.).

Insgesamt weist die Wirtschaftsordnung der Weimarer Republik gegenüber jener des Kaiserreiches unverkennbar Veränderungen auf: Sie markiert den Übergang vom spätliberalen System des ausklingenden 19. Jahrhunderts zum interventionistischen System der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (vgl. Ambrosius 2001: 128f.). Um politische Stabilität in der Weimarer Republik zu gewährleisten, reichten diese Veränderungen jedoch nicht hin: Genau hierfür – und nicht für die Erfüllung marxistischer Prophezeiungen – wäre eine stärkere Verstaatlichung wünschenswert gewesen. Sozialisierungen hätten eine Begrenzung des Machtgefälles bedeuten können, nicht hingegen die Auflösung des hoch industrialisierten Deutschlands in eine klassenlose Gesellschaft (vgl. Miller 1978: 182f.). In der Dualität von sozialpolitischer Intervention und unbeschränkter industrieller Autonomie erkennt Eberhard Kolb den Hebel, mit dem es den wieder erstarkten Kräften der industriellen Interessenvertretung schon bald möglich war, das Arrangement mit der Arbeiterschaft in entscheidenden Teilen aufzuheben (vgl. Kolb 2000: 183).

3.2.2 Die Kontinuität der Eliten

In einer weiteren Hinsicht kann man der MSPD den Vorwurf machen, nicht radikal genug mit dem alten System gebrochen zu haben: in der Frage der Ablösung der Funktionseliten. Nicht erst in der historischen Rückschau, sondern bereits im Kommentar der Zeitgenossen wird hierin das größte Versäumnis der Revolution erkannt. Anstatt die der Sozialdemokratie bekanntermaßen feindlich gesinnten Teile in Beamtenschaft, Justiz und Militär auszutauschen, machte man sich bei der MSPD zu Gefangenen einer Sachzwangideologie, betonte den Primat der Ordnung und unterhöhlte somit die eigene Machtstellung (vgl. Lehnert 1983a: 122).

Ähnlich wie die ausbleibende Sozialisierung trug das Fehlen einer personellen Erneuerung dazu bei, dass sich die Arbeiterschaft von ihrer Partei entfernte. Der auf Ordnung bedachte Kurs wurde umgekehrt jedoch nicht von bürgerlichen Kräften honoriert, auf die das Ausbleiben sicht-

barer Exempel wie eine Aufforderung wirkte, die anfängliche Anpassungsbereitschaft aufzugeben und das entstehende Regime in seinen Anfängen zu sabotieren (vgl. Miller 1978: 166ff.).
Das Argument der Alternativlosigkeit, mit dem die MSPD ihren Kritikern begegnete, ist nur begrenzt gültig: Zwar ließ der geringe Bildungsstand vieler sozialdemokratischer Funktionäre sowie die mangelnde praktische Erfahrung kein vollständiges Austauschen der Funktionseliten zu, doch hätte es gereicht, wenn zumindest die Schlüsselstellen mit eigenen Leuten besetzt worden wären (vgl. Lehnert 1983b: 278f.). Hierbei wäre es weniger auf Expertenwissen als auf realistisches politisches Kalkül angekommen (vgl. Matthias 1972: 112). Unverständlich erscheint vor dem Hintergrund des Elitenmangels auch, warum sich die MSPD nicht stärker um die Integration der sich ihr zuwendenden Eliten, den so genannten ‚Novembersozialisten', kümmerte oder prinzipiell versuchte, Kontakte jenseits der eigenen Anhängerschaft zu suchen und dadurch ihr Rekrutierungsfeld zu erweitern (vgl. Miller 1978: 427; Kremendahl 1982: 238).
In besonderem Maße trifft der Vorwurf der Verletzung eigener Interessen auf den Umgang mit den Militärs zu. Hier wird zudem besonders deutlich, wie vorschnell die Rehabilitierung vonstatten ging und wie sehr ihr ein überspitztes Ordnungsideal auf Seiten der MSPD zu Grunde lag. Die OHL hatte sich durch ihre Kriegspolitik mehr noch als andere Eliten für ein Mitwirken bei der Republikgründung disqualifiziert: Sie hatte jeden moralischen Kredit verspielt, sie stand der Arbeiterbewegung erkennbar feindlich gegenüber, und nach der verheerenden Niederlage und den Soldatenaufständen war ihre Machtbasis erheblich geschwächt. Die Wiedereingliederung der Soldaten ins Alltagsleben gelang – entgegen den Erwartungen der MSPD-Funktionäre – auch ohne die Generalität, und selbst der Republikschutz hätte sich mit Hilfe einer neu formierten republikanischen Volkswehr bestellen lassen (vgl. Lehnert 1983b: 148ff., 280f.; Hunt 1972: 130ff.). Doch die MSPD entschied anders, sie band die alten Militärs in den neuen Aufbau ein. In der bedingungslosen Rehabilitation der militärischen Elite liegt nicht nur der Kapp-Lüttwitz-Putsch von 1920 begründet, sondern auch die Formierung der Reichswehr als „Staat im Staate" (vgl. Miller 1978: 175ff.).
Kurt Tucholsky erkannte dieses Übel bereits in seinen Wurzeln und dichtete 1919 in seinem „Revolutions-Rückblick":

> Soldaten vor! Der Kaiser hat verzichtet.
> Nun wolltet ihr alleine weiter sehn.
> Das ist im Leben häßlich eingerichtet,
> daß bei den Eberts gleich die Noskes stehn.
> Kaum ist das Land von einer Pest genesen,
> fällt es mit Grazie in die nächste rein –
> Behüt dich Gott, es wär zu schön gewesen,
> behüt dich Gott, es hat nicht sollen sein!

Wir dachten schon: Jetzt gilts den Offizieren!
Wir dachten schon: Hier wird nun Ernst gemacht.
Wir dachten schon: Man wird sich nicht genieren,
das Feuer brennt einmal … es ist entfacht …
Wir dachten schon: Nun kommt der Eisenbesen …
Doch weicht der Deutsche sich die Hosen ein –
Behüt dich Gott, es wär zu schön gewesen,
behüt dich Gott, es hat nicht sollen sein! (Tucholsky 1960: 516)

3.2.3 Die Ausarbeitung der Weimarer Verfassung

Der letzte der zu betrachtenden Transformationsbereiche ist jener, in dem die MSPD am positivsten wegkommt: Anders als bei der Umgestaltung der Wirtschaft hatte die MSPD bei der Gestaltung der Weimarer Verfassung konkrete Vorstellungen; anders als bei der Entmachtung der alten Eliten zeigte sie hier ein entschlossenes Auftreten und setzte viele ihrer grundsätzlichen Einsichten durch. Zumindest auf dem Papier hatte sie damit mehr erreicht, als sie noch vor dem Krieg zu hoffen gewagt hatte (vgl. Miller/Potthoff 1983: 96).

Trotzdem machten sich auch bei den Entschlüssen zur Verfassungsgebung die Defizite bemerkbar, die die Partei aus dem Kaiserreich geerbt hatte: Es fehlte der SPD an einer Gesamtkonzeption, die ihre prinzipiellen Forderungen zu einer Einheit verband (vgl. Rürup 1972: 223).[13] Dieses Defizit war so gravierend, dass man für die Ausarbeitung des Verfassungstextes auf einen Liberalen, Hugo Preuß, zurückgreifen musste (vgl. Kolb 2000: 20). Reinhard Rürup fasst dieses Paradox wie folgt zusammen:

> „Diejenige politische Kraft, die die Macht in Händen hatte, verzichtete auf ein eigenes Verfassungsprogramm und gab statt dessen eine unerwartete Chance jenem linksliberalen Bürgertum, das aus eigener Kraft nie fähig gewesen wäre, die Macht zu erobern." (Rürup 1972: 222)

Ein weiteres Erbe der Vorstellungen der Kaiserreichpartei ist die starke Stellung des Reichspräsidenten. Zwar hatten die bürgerlich-konservativen Parteien einen deutlich höheren Anteil bei der Durchsetzung eines ‚Ersatzkaisers', doch auch in der MSPD gab es – neben vielen Bedenken und Protesten – den Glauben an die Notwendigkeit einer Person über dem Parteiengezänk und die Sehnsucht nach einer Macht, die die Parteien beeinflussen konnten, für die sie aber nicht unmittelbar verantwortlich zu machen waren. Die Machtfülle des direkt vom Volk gewählten Reichspräsidenten entsprang nicht zuletzt vulgärdemokratischen Reflexen der MSPD: In ihr drückt sich

[13] Heinrich August Winkler zeigt, neben der Gewöhnung der SPD an den Obrigkeitsstaat des Kaiserreichs, noch eine zweite Ursache für das Fehlen einer Gesamtkonzeption auf: die marxistische Theorie, die den Staat aufgrund der Erwartung seines Absterbens vernachlässige (vgl. Winkler 1985: 227).

ein Misstrauen gegen parlamentarisch-repräsentative Formen der Machtausübung aus und spiegelt sich einmal mehr der Glaube an die beständig wachsende Zustimmung eines zunehmend proletarisierten Volkes. Durch die Hintertür der vermeintlichen Direktdemokratie schlich sich somit ein gutes Stück obrigkeitsstaatlichen Denkens (vgl. Winkler 1985: 235).

Und ein drittes Versäumnis lässt sich ausmachen, das auf lange Sicht zu einer Selbstschwächung von MSPD und Republik führte: der völlige Verzicht auf das Element der Räte in der Verfassung. Bald nach der Revolution hatte die MSPD damit begonnen, die Räte aus dem politischen System hinauszudrängen. Ängste vor einem an die russische Oktoberrevolution angelehnten Modell und eine allgemeine Überbewertung der Parteiorganisation gegenüber basisnahen Formen der Beteiligung waren der Grund für das Misstrauen (vgl. Miller 1978: 133ff.). Dabei wird diese Einschätzung der MSPD den Realitäten der Übergangszeit nicht gerecht. Die dominante Stellung der MSPD machte die Räte keineswegs zu bolschewistischen Instrumenten, ihre Radikalisierung im Frühjahr 1919 hing vor allem damit zusammen, dass sie politisch in die Ecke gestellt wurden und gemäßigte Anhänger – frustriert über ihre Nicht-Beachtung – radikaleren Positionen zuneigten. Eine stärkere Eingliederung der Räte wäre eine Möglichkeit für die MSPD gewesen, sich die dringend benötigte Massenunterstützung in der Arbeiterschaft zu erhalten (vgl. Kolb 1972).[14]

[14] Die Einschätzung der Rätebewegung ist in der Forschung sehr uneinheitlich: Neben Autoren wie Kolb, die das demokratische Potenzial herausstreichen und das Abwürgen kritisieren, gibt es auch die Auffassung, das der Anti-Chaos-Reflex verständlich und konsolidierungsfördernd war (vgl. Wehler 2003: 223). In diesem Bereich ist die Forschung in den 80er Jahren abrupt und ohne Klärung der drängenden Fragen abgebrochen (vgl. Gessner 2002: 24ff.).

Die Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der MSPD

Die Niederlage in den Juni-Wahlen von 1920 wurde von der MSPD weniger mit Entsetzen als mit Erleichterung quittiert (vgl. Winkler 1985: 359ff.). Nur in der Opposition hatte die Partei die Chance, die in ihr verworrenen Strömungen beisammen zu halten, ohne sich darüber selber zu zerfleischen. So vorteilhaft die Opposition aber für das Parteibefinden war, so nachteilig war sie für die Republik: Die MSPD war deren einziger Verteidiger, sie stand aber nicht mit ganzem Herzen hinter ihr und fügte sich durch jede Verantwortungsübernahme schwere Verluste zu. Parteidenken und Staatsdenken gerieten in einen nicht auflösbaren Widerspruch zueinander (vgl. Kastning 1970: 253ff.).

Während sich meine Kritik am Verhalten der MSPD in der deutschen Revolution hauptsächlich darauf konzentrierte, den Vorwurf zu erhärten, dass die Parteispitze nicht in der Lage war, die Arbeiter durch Zugeständnisse an die Republik zu binden und die breite Unterstützung für tief greifende Veränderungen zu nutzen, muss sie für die Folgejahre anders aussehen: Die MSPD fand zu ihren Wurzeln zurück, doch war sie damit erneut zur falschen Zeit am falschen Ort. Der Rückzug in die Selbstisolation des Klassenkampfes bedeutete, dass die Partei in den stabilen Jahren der Republik von 1924-1928 abseits des politischen Geschehens stand und nicht in der Lage war, die zu diesem Zeitpunkt ansprechbaren bürgerlichen Schichten zu erreichen (vgl. Lehnert 1982: 248).[15] Das Görlitzer Programm von 1921 ist – trotz mancher Fehler und Halbheiten – der mutige Versuch gewesen, die Lehren aus den Regierungsjahren positiv zu verarbeiten und ein zeitgemäßes Programm zu verabschieden, doch fand dies in der gebeutelten Partei keinen Widerhall. Auf dem Parteitag 1925 in Heidelberg wurde folglich ein neues Programm verabschiedet, das letztlich nur die Sehnsucht nach dem alten Erfurter Programm ausdrückte. Heinrich August Winkler vergleicht die beiden Programme wie folgt:

> „Das Görlitzer Programm zielte darauf ab, die Mehrheit der Wähler zu gewinnen. Das Heidelberger Programm wollte die Wahrheit der Theorie wiederherstellen. Das Programm von 1921 war ein Versuch der Sozialdemokratie das Rüstzeug zu geben, das sie brauchte, wenn sie in einem demokratischen Staat mit parlamentarischem Regierungssystem politische Macht ausüben wollte. Vier Jahre später verabschiedete die SPD ein Programm, das eher dem Selbstverständnis einer notorischen Oppositionspartei in einem vorparlamentarischen Staat nach Art des kaiserlichen Deutschlands entsprach als dem, was die Sozialdemokraten tatsächlich waren - die klassische Staatspartei der Weimarer Republik.“ (Winkler 1982: 45)

[15] Lehnert stellt zudem heraus, dass ein besseres Verstehen und positives Einbeziehen der kleinbürgerlichen Ängste und Sorgen nicht nur ein Mehr an Wählern bedeutet hätte, sondern ebenso eine Präventivmaßnahme gegen die „romantisch-reaktionären Utopien“ der NSDAP gewesen wäre (vgl. Lehnert 1982: 261).

Auch der Schutz von Republik und Verfassung wurde mit dem Heidelberger Programm zurückgestuft zu einer taktischen Frage: Die Republik war nur insofern respektiert, als sie die Einführung des Sozialismus beförderte, nicht aber als Selbstzweck (vgl. Winkler 1982: 41f.).

Ähnliches wie für die revidierte Positionierung der Partei gilt in Hinblick auf den Zusammenschluss mit der USPD: Wäre dieser zu einem früheren Zeitpunkt erfolgt, hätte er die Partei entscheidend nach vorne bringen und der Republik die Unterstützung der Arbeiter sichern können. Als es 1922 aber endlich soweit war, verstärkte dieser Schritt nur noch die Oppositions- und Isolationstendenzen der Partei (vgl. Winkler 1985: 486ff.). Er brachte hauptsächlich neue Funktionäre und mit ihnen neuen parteiinternen Zwist, weniger aber neue Wähler oder verlorene Mitglieder .

Neben diesen beiden Veränderungen, die die Sozialdemokraten in direkter Folge der Revolutionsjahre durchmachten, lassen sich weitere Muster und Entwicklungen aufzeigen, die ihre Ursprünge in den Jahren von 1918-1920 haben und die das Wirken der Partei sowie das Aussehen der Republik in den verbliebenen 13 Jahren bestimmen sollten: Dazu zählen zum Beispiel die Zersplitterung der Arbeiterbewegung – in einen generell radikalen, jeden Kompromiss ablehnenden Teil (verkörpert durch die KPD), dem ein prinzipiell kompromissfähiger, aber eben dadurch innerlich zerrissener Teil (die SPD) gegenübersteht – oder die Stärke der radikalen Parteien, die ihre Herkunft in der fehlenden inneren Festigung der Republik findet.

Schlussbemerkung

Am Anfang dieser Betrachtung habe ich die Hypothesen aufgestellt, dass es der MSPD möglich gewesen wäre, die Weimarer Republik mehr nach den eigenen Vorstellungen zu formen und das der Grund für ihr Scheitern nicht zuletzt in der Parteientwicklung selber zu suchen ist. Diese Hypothesen haben sich in der Argumentation bestätigt. Dabei ist auffällig, dass das Fehlen eigener Vorstellungen der Grund war, dass die Weimarer Republik nicht stärker durch die Ideen der Sozialdemokratie geprägt wurde. Die Sozialdemokraten hatten nur eine dumpfe Vorstellung von dem, was sie eigentlich wollten – trotz jahrelanger Agitation. Verantwortlich für den Mangel an Konkretheit ist die Struktur des politischen Systems im Kaiserreich und der Habitus, den sich die Partei in diesem zulegte, um nicht unterzugehen. Der obrigkeitsstaatliche Druck und die Frontstellungen einer Klassengesellschaft förderten theoretische Weltbilder, die nicht dem Anforderungsprofil einer parlamentarischen Demokratie gerecht wurden, sich aber als äußerst langlebig erwiesen und im Scheitern der Umwälzung scheinbar eine Bestätigung fanden.
Susanne Miller bringt die Schwächen der MSPD mit folgender Anmerkung auf den Punkt:

> „Die MSPD hat in der Revolution die Massen enttäuscht, weil sie sich nicht vorher bewußt geworden war, was das Volk von einer sozialdemokratischen Führung erwartete; darum hat sie sich programmatisch nicht darauf vorbereitet. Und sie war dem alten Regime so stark verhaftet, im Positiven wie im Negativen, daß es ihr an innerer Elastizität fehlte, der sich spontan manifestierenden Volksstimmung genügend nachzugeben, um tiefgehende und zu einem dauernden Bruch führende Vertrauenskrisen zu vermeiden.“ (Miller 1974: 97)

Der vorwiegend kritische Tenor dieser Arbeit ist trotzdem zu relativieren, wenn man die Leistungen der Sozialdemokratie vor den Hintergrund der anderen politischen Kräfte in Deutschland stellt. Trotz aller Fehler trägt die SPD nicht die Schuld am Scheitern von Weimar: Sie hat nur nicht alles richtig gemacht beim Versuch, dieses Scheitern zu verhindern. Auch kann man ihr schlecht vorwerfen, dass sie ein Kind ihrer Zeit war. Dass sie jedoch wider der praktischen Einsicht rhetorisch am ideologischen Ballast festhielt und lange nicht die Kraft aufbrachte, aus erkannten Fehlern Konsequenzen zu ziehen, lässt sich sehr wohl gegen sie einwenden. Ebenso ist das mechanische und uncouragierte Verhalten der Führungskräfte in den Monaten der Revolution zu beanstanden. Die Parteiführer müssen an den eigenen Worten gemessen werden und dürfen die Unübersichtlichkeit der Lage nicht als Entschuldigung für eine stumpfe Ordnungspolitik anführen. Das Resultat der Fehlentscheidungen der ersten Stunde war der unbequeme Platz zwischen allen Stühlen, den die Partei für die Dauer der Weimarer Republik nicht mehr verlassen sollte. Die Sozialdemokratie lavierte zwischen Opposition, Koalition und Tolerierung, zwischen ihrem rechten und ihrem linken Parteiflügel, zwischen Demokratie und Sozialismus. Darüber

ging jene Entschlossenheit verloren, die nötig gewesen wäre, um die Weimarer Republik vor dem Untergang zu bewahren.

Am Beispiel der MSPD in den Übergangsjahren zur Weimarer Republik lässt sich somit zeigen, inwieweit theoretische Standpunktnahme und programmatische Klarheit für politische Parteien von Bedeutung sind. Nicht die wählerwirksame Zukunftsbeschwörung, sondern das Aufzeigen einer realistischen Alternative sollte die Idee eines Parteiprogramms sein. In der Möglichkeit der Erfüllbarkeit liegt der Garant für den Gewinn von Anerkennung. Parteiprogramme müssen somit flexible Leitlinie und Erwartungsmaßstab zugleich sein: In ihnen muss der Außenstehende ein Instrument finden, mit dem er seine Erwartungshaltung definieren und die Wirksamkeit einer Partei messen kann. Der Ausführende hingegen muss sich bei der Formulierung Rechenschaft über die eigene Position ablegen und im späteren Handeln in dem Programm eine Orientierung finden.

Auch zeigt sich an der Geschichte der MSPD in der deutschen Revolution, dass der Glaube an die Organisierbarkeit der Demokratie schnell an Grenzen stößt. Große Parteiapparate neigen in Umbruchsituationen zu einem strukturkonservativen Verhalten, um die eigene Organisation nicht zu gefährden. Das Erdrosseln direkten politischen Engagements kostete die Weimarer Republik die dringend benötigte Unterstützung und machte sie zu einem mit wenigen positiven Emotionen behafteten politischen Gebilde, das beinahe kampflos radikalen Strömungen zum Opfer fallen konnte.

Literaturverzeichnis

Aktionsprogramm der MSPD (1918): Entwurf eines Aktionsprogrammes der Mehrheitssozialdemokratie, Mai 1918. Abgedruckt in: Mommsen, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Parteiprogramme. München 1960: Isar Verlag. S. 391-397

Albertin, Lothar (1977): Faktoren eines Arrangements zwischen industriellem und politischem System in der Weimarer Republik 1918-1928. In: Mommsen, Hans/Petzina, Dieter/Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Band 2. Kronenberg/Ts.: Athenäum. S. 658-674.

Ambrosius, Gerold (2001): Staat und Wirtschaftsordnung. Eine Einführung in Theorie und Geschichte. Stuttgart: Franz Steiner.

Fenske, Hans (1994): Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Paderborn, München, Wien, Zürich: Schöningh.

Gessner, Dieter (2002): Die Weimarer Republik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft

Groh, Dieter (1974): Die Sozialdemokratie im Verfassungssystem des 2. Reiches. In: Mommsen, Hans (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Frankfurt a. M.: Athenäum Verlag. S. 62-83.

Hamon, Léo (1982): Die sozialistischen Parteien angesichts der Macht oder Die sozialistischen Parteien zwischen Reform und Revolution in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. In: Heimann, Horst/Meyer, Thomas (Hrsg.): Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik. Bonn: Dietz. S. 441-458.

Huber, Ernst Rudolf (1978): Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band 5: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung. Stuttgart u,a: Kohlhammer.

Huber, Ernst Rudolf (1982): Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band 4: Struktur und Krisen des Kaiserreichs (2. Aufl). Stuttgart, u.a.: Kohlhammer.

Hunt, Richard N. (1972): Friederich Ebert und die deutsche Revolution von 1918. In: Kolb, Eberhardt (Hrsg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Köln 1972: Kiepenheuer & Witsch. S. 120-137.

Kastning, Alfred (1970): Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919-1923. Paderborn: Ferdinand Schöningh.

Kautsky, Karl (1968): Texte zu den Programmen der deutschen Sozialdemokratie 1891-1925. Köln: Verlag Jakob Hegner.

Kolb, Eberhard (1972): Rätewirklichkeit und Räte-Ideologie in der deutschen Revolution von 1918/19. In: Ders. (Hrsg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Köln: Kiepenheuer & Witsch. S. 165-184.

Kolb, Eberhard (2000): Die Weimarer Republik (5. Aufl.). München: Oldenbourg.

Köllmann, Wolfgang (1972): Politische und soziale Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft 1850-1914. In: Bockenförde, Ernst-Wolfgang (Hrsg.): Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815-1918). Köln. Kiepenheuer & Witsch. S. 430-450.

Krause, Hartfried (1975): USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Frankfurt a.M., Köln: Europäische Verlagsanstalt

Kremendahl, Hans (1982): Konnte die SPD in der Weimarer Republik eine Volkspartei werden? Soziologische Klassenanalysen und innerparteiliche Rezeption. In: Heimann, Horst/Meyer, Thomas (Hrsg.): Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik. Bonn: Dietz. S. 217-244.

Lehnert, Detlef (1982): Sozialcharakter, politisches Selbstverständnis und Klassenstrategien der Weimarer Sozialdemokratie. Thesen zum Verhältnis von Parteihabitus und sozialistischem Transformationspotential. In: Heimann, Horst/Meyer, Thomas (Hrsg.): Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik. Bonn: Dietz. S. 245-275.

Lehnert, Detlef (1983a): Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Lehnert, Detlef (1983b): Sozialdemokratie und Novemberrevolution. Die Neuordnungsdebatte 1918/19 in der politischen Publizistik von SPD und USPD. Frankfurt a.M, New York: Campus.

Matthias, Erich (1972): Der Rat der Volksbeauftragten. Zu Ausgangsbasis und Handlungsspielraum der Revolutionsregierung. In: Kolb, Eberhardt (Hrsg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Köln 1972: Kiepenheuer & Witsch. S. 103-119.

Miller, Susanne (1974a): Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf: Droste Verlag.

Miller, Susanne (1974b): Die Sozialdemokratie in der Spannung zwischen Oppositionstradition und Regierungsverantwortung in den Anfängen der Weimarer Republik. In: Mommsen, Hans (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Frankfurt a. M.: Athenäum Verlag. S. 84-105.

Miller, Susanne (1978): Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920. Düsseldorf: Droste Verlag.

Miller, Susanne (1982): Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Theorie des Sozialismus in der Weimarer Republik. In: Heimann, Horst/Meyer, Thomas (Hrsg.): Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik. Berlin, Bonn: J.H.W. Dietz. S. 395-412.

Miller, Susanne/Potthof, Heinrich (1983): Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848-1983. (5. Aufl.). Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.

Niedhart, Gottfried (1994): Deutsche Geschichte 1918-1933. Politik in der Weimarer Republik und der Sieg der Rechten. Stuttgart: Kohlhammer.

Regierungsprogramm des Rates der Volksbeauftragten (1918). Abgedruckt in: Weber, Hermann: Das Prinzip Links. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1847-1973.

Ritter, Gerhard A. (1972): Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918-1920. In: Kolb, Eberhardt (Hrsg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Köln 1972: Kiepenheuer & Witsch. S. 244-278.

Ritter, Gerhard A. (1976a): Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Deutschlands bis zum ersten Weltkrieg. In: Ders.: Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. S. 21-54.

Ritter, Gerhard A. (1976b): Politische Parteien in Deutschland vor 1918. In: Ders.: Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. S. 102-115.

Rürup, Reinhard (1972): Entstehung und Grundlagen der Weimarer Verfassung. In: Kolb, Eberhardt (Hrsg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Köln 1972: Kiepenheuer & Witsch. S. 218-243.

Schieck, Hans (1972): Die Behandlung der Sozialisierungsfrage in den Monaten nach dem Staatsumsturz. In: Kolb, Eberhardt (Hrsg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Köln 1972: Kiepenheuer & Witsch. S. 138-164.

Steinbach, Peter (1982): Sozialistische Transformation und Demokratie. In: Heimann, Horst/Meyer, Thomas (Hrsg.): Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik. Bonn: Dietz. S. 187-210.

Steinberg, Hans-Josef (1974): Die deutsche Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Ideologie und Taktik der sozialistischen Massenpartei im Wilhelminischen Reich. In: Mommsen, Hans (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Frankfurt a. M.: Athenäum Verlag. S. 52-61.

Tormin, Walter (1966): Geschichte der deutschen Parteien seit 1848. Stuttgart u.a.: W. Kohlhammer Verlag.

Tucholsky, Kurt (1960): Gesammelte Werke. Band 1: 1907-1924. Hamburg: Rowohlt Verlag.

Walter, Franz (2002): Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte. Berlin: Alexander Fest Verlag.

Wehler, Hans-Ulrich (2003): Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 4: Vom Beginn des ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949. München: C.H. Beck.

Winkler, Heinrich August (1982): Klassenbewegung oder Volkspartei? Zur Programmdiskussion in der Weimarer Sozialdemokratie 1920-1925. In: Geschichte und Gesellschaft. 8. Jahrgang. Band 1. S. 9-54.

Winkler, Heinrich August (1985): Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924 (2. Aufl.). Berlin, Bonn: J.H.W. Dietz.

Winkler, Heinrich August (2002): Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806-1933. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Zentralkomitee der SED (1958): Die Novemberrevolution in der Sicht der kommunistischen Geschichtswissenschaft: Thesen des Zentralkomitees der SED über »Die November-Revolution 1918 in Deutschland«. Abgedruckt in: Kolb, Eberhardt (Hrsg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Köln 1972: Kiepenheuer & Witsch. S. 369-385.

Eidesstattliche Versicherung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorgelegte Hausarbeit selbständig verfasst und – einschließlich eventuell beigefügter Abbildungen und Skizzen – keine anderen als die im Literaturverzeichnis angegebenen Quellen, Darstellungen und Hilfsmittel benutzt habe. Dies gilt in gleicher Weise für gedruckte Quellen wie für Quellen aus dem Internet. Ich habe alle Passagen und Sätze der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinne nach anderen Werken entnommen sind, in jedem einzelnen Fall unter genauer Angabe der Stelle ihrer Herkunft (Quelle, Seitenangabe bzw. entsprechende Spezifizierung) deutlich als Entlehnung gekennzeichnet.

Mir ist bekannt, dass Zuwiderhandlungen gegen diese Erklärung eine Benotung der Arbeit mit der Note „nicht ausreichend" sowie die Nichterteilung des angestrebten Leistungsnachweises zur Folge haben und dass Verletzungen des Urheberrechts strafrechtlich verfolgt werden.

Aachen, 9. November 2006